Nr. 3 | 4. September 2020 AZB / 3011 Bern

FDP
Die Liberalen

42. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Kanton Bern

BERNER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Renteninitiative unterschreiben!

Merci, Pierre-Yves!
An der Delegiertenversammlung in Biel/Bienne wurde der zurückgetretene Parteipräsident verabschiedet.
Seiten 4 und 5

Stephan Lack
Le nouveau président du PLR bernois dans l'interview.
Page 6

Superwahljahr
Die Jungfreisinnigen Stadt Bern und die Jungfreisinnigen Biel-Seeland stellen ihre Kampagnenarbeit vor.
Seite 10

«Einer für alle – alle für einen»
Das einzig Sichere an Krisen ist: Die nächste kommt bestimmt. Deswegen muss die Schweiz in Zukunft noch resilienter werden – auf politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene. Andrea Caroni stellt wichtige Forderungen aus den Corona-Papieren der FDP vor.
Seiten 16 und 17

Karin Keller-Sutter im Interview

«Kündigungsinitiative ist ein Hochrisikospiel.»
Seite 21

Stephan Lack will aufs Podium

Neuer Kantonalpräsident

Stephan Lack, herzliche Gratulation zur Wahl als neuer Präsident der FDP.Die Liberalen Kanton Bern. Was reizt dich an diesem Amt? Das Amt des Kantonalpräsidenten ist eine grosse Ehre und bietet eine Plattform, mich für die liberalen Werte zu engagieren und meinen Beitrag zu leisten, die FDP im Kanton Bern wieder auf einen Wachstumskurs zu führen.

Welche Ziele willst du mit der Berner FDP erreichen? Ich möchte, dass wir nicht nur Abstimmungen, sondern auch wieder Wahlen gewinnen. Wir müssen darum auf allen Stufen mittelfristig einen Platz auf dem Podium anstreben – wer Top 3 ist, ist in seinem Wirkungsfeld auch relevant. Inhaltlich

Fortsetzung auf Seite 3

Impressum: **Herausgeberin/Redaktion/Inserate:** FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern, T: 031 320 35 35, F: 031 320 35 00, E: info@fdp.ch, www.fdp.ch. **Kantonalteil:** Redaktion Berner Freisinn, Neuengasse 20, 3011 Bern, T: 031 320 36 36, F: 031 320 36 30, E: info@fdp-be.ch, www.fdp-be.ch. **Layout:** CH Regionalmedien AG, www.chregionalmedien.ch. **Druck:** CH Media Print AG, www.chmediaprint.ch

Inhalt

3–10 Berner Freisinn

11 Petra Gössi zur Enkelstrategie

12 Die SP – plötzlich eine Wirtschaftspartei?

13 Die FDP im Einsatz für KMU

14 Neue Mitglieder im Parteivorstand

15 KMU-Porträt: Geobrugg AG

16/17 Massnahmen für eine krisenresistente Schweiz

18 Maja Riniker zu den Abstimmungen vom 27. September

19 Ruedi Noser: Nein zur «UVI»

20 Thierry Burkart: Ja zu neuen Kampfflugzeugen

21 Kündigungsinitiative: Interview mit Karin Keller-Sutter

22 Update zur Renteninitiative

23 Aus dem Generalsekretariat/ Agenda

Zukunft beginnt heute

Arbeiten Sie mit uns an einer enkeltauglichen Schweiz!

Liebe Freisinnige

Die Corona-Krise hat unsere Gesellschaft, die Wirtschaft und die Politik innert kürzester Zeit vor eine ausserordentliche Herausforderung gestellt. Gerade in dieser schwierigen Zeit, die viel von uns allen verlangt hat, und dies immer noch tut, gilt mehr denn je: Wir müssen in die Zukunft sehen und die Weichen für unser Land, unsere Kinder und Enkelkinder richtig stellen.

Werden Sie Teil unserer Enkelstrategie

Die Schweiz braucht eine langfristige Strategie – eine Enkelstrategie – die gewährleistet, dass unser Wirtschaftsstandort an der Weltspitze bleibt, die Sozialwerke für die zukünftigen Generationen gesichert werden und wir unseren Kindern und Enkelkindern intakte Lebensgrundlagen hinterlassen können. Diese Enkelstrategie wollen wir gemeinsam mit Ihnen erarbeiten. Sie erhalten in den nächsten Tagen Post von mir mit den Zugangsdaten zu unserer Mitgliederumfrage zur Enkelstrategie. Ziel dabei ist, dass wir ein möglichst umfassendes Bild der verschiedenen Meinungen in unserer Partei erhalten. Ich danke Ihnen bereits jetzt, dass Sie sich an der Umfrage beteiligen.

Nein zur Kündigungsinitiative, Ja zu neuen Kampfflugzeugen

Eine wichtige Entscheidung können wir bereits am 27. September 2020 treffen, indem wir mit einem Nein zur schädlichen Kündigungsinitiative die Kündigung der bilateralen Verträge verhindern. Denn wir dürfen nicht vergessen: Die Schweiz verdient zwei von fünf Franken im Aussenhandel und mehr als die Hälfte der Schweizer Exporte gehen in die EU. Gerade in den momentan unsicheren Zeiten braucht es keine Hochrisiko-Experimente, welche die stabile Beziehung mit unserer wichtigsten Handelspartnerin aufs Spiel setzen.

Die aktuelle Krise zeigt auch, dass wir jederzeit auf das Unerwartete vorbereitet sein müssen. Das gilt auch für Bedrohungen aus der Luft. Daher ist es jetzt an der Zeit, neue Kampfflugzeuge zu beschaffen und einen Beitrag zu leisten, dass der Schutz unseres Luftraums auch in Zukunft sichergestellt werden kann.

Unterschreiben Sie die Renteninitiative!

Doch nicht nur die FDP, sondern auch die Jungfreisinnigen setzen sich mit vollem Gewicht dafür ein, dass auch die zukünftigen Generationen gute Zukunftsperspektiven haben. Ihre Renteninitiative sorgt für eine langfristig sichere und nachhaltige Altersvorsorge und ermöglicht, dass unsere Kinder und Enkelkinder vom gleichen sozialen Schutzschild profitieren können wie die heutigen Rentnerinnen und Rentner. Ich freue mich, wenn auch Sie den Unterschriftenbogen, den Sie in der Beilage dieses Freisinns finden, unterschreiben und damit einen wichtigen Beitrag leisten, unsere Altersvorsorge für die Zukunft zu sichern.

Nun wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre und danke Ihnen für Ihr Engagement für die liberale Idee!

P. Gössi

Ihre Petra Gössi
Parteipräsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Fortsetzung von Seite 1

möchte ich, dass der FDP – sowohl aus Sicht der Bevölkerung wie auch aus Sicht der KMU – die höchste Kompetenz und das grösste Vertrauen in Wirtschaftsfragen ausgesprochen wird. Dies bedingt den täglichen Tatbeweis durch eine konsequente und konsistente Politik. Ich wünsche mir auch, dass unsere Partei in der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Führungsverantwortung übernimmt und zu den ökologischen Herausforderungen überzeugende liberale Antworten liefert.

In deiner Wahlrede an der Delegiertenversammlung in Biel hast du gesagt, dass du dir Sorgen machst um den Wirtschaftsstandort Kanton Bern. Was umsorgt dich? Wir haben viele gute Voraussetzungen im Kanton Bern, dazu gehören unser hervorragendes Berufsbildungswesen sowie unsere Fachhochschulen und Universitäten. Es darf aber nicht sein, dass die Rahmenbedingungen für Unternehmungen im Kanton Bern ungünstiger sind als in zahlreichen anderen Kantonen. Dazu gehören vor allem die Finanz- und Steuerpolitik, die hohe Regeldichte und ein oftmals als wirtschaftsfeindlich empfundenes Klima in den Städten. Trotz zahlreichen guten Voraussetzungen entsteht so zu wenig Raum, um den unternehmerischen Spirit unserer neuen Generation gedeihen zu lassen. Um dies zu ändern, braucht es eine stärkere FDP.

Wie tickt der Politiker Stephan Lack? Was sind deine politischen Leitlinien, was ist dir wichtig? Liberal sein, heisst für mich, vor allem auch Verantwortung zu tragen. Ich spreche nicht nur von den liberalen Ideen, ich lebe sie auch. Sei dies in unserer Gesellschaft oder als Unternehmer in der Wirtschaft. Individuelle Freiheit und Selbstverantwortung sind dabei die Werte, die es täglich zu pflegen gilt. Und zum liberalen Wesen gehört auch Gemeinsinn bzw. Solidarität, so wie wir es in der Corona-Krise gerade erleben.

Stephan Lack

Du bist ein «Mann aus der Wirtschaft» und hast eine eindrückliche Berufskarriere in renommierten und international tätigen Unternehmen gemacht. Was brauchen die hiesigen Unternehmen, um aus der Corona-Krise herauszukommen? Viele Unternehmungen brauchen nun einen langen Atem, d. h., die Kosten müssen auf ein absolutes Minimum zurückgefahren werden. Die Liquidität muss unter allen Umständen gewahrt und die Mitarbeiter müssen – wenn immer möglich – erhalten bleiben. Die Produktentwicklung und die Marktbetreuung müssen weiterhin zentral bleiben, denn wer jetzt durchhält, wird in Zukunft sehr gute Chancen haben. Kurzarbeit und gezielte kurzfristige Kredite sind dabei nützliche Hilfsmittel.

In gut drei Monaten ist Weihnachten. Was wünscht du dir für die FDP und für den Kanton Bern? Dass wir mit frischen Ideen, einer konsistenten Politik und einer professionellen Kommunikation an politischem Gewicht zulegen und an zahlreichen Wahlen das Podium erreichen.

Interview: Stefan Nobs

Stephan Lack

1962, Muri b. Bern
Ökonom und Politikwissenschaftler, Unternehmer, ALTUS Montres S.A. in Biel/Bienne
Gemeinderat Muri b. Bern, Ressort Bildung
Verheiratet, 2 erwachsene Kinder
Hobbys: Natur, Berge, Ski, Jogging, Reisen, Kulinarik

Grossratsfraktion

Carlos Reinhard ist Fraktionspräsident

An der ordentlichen Jahresversammlung der FDP-Grossratsfraktion im Juni wurde Carlos Reinhard zum neuen Fraktionspräsidenten gewählt. Das bisherige Präsidium, bestehend aus dem Präsidenten Adrian Haas und den beiden Vizepräsidenten Peter Flück und Hans-Rudolf Saxer, hatte im Frühling seinen Rücktritt auf die ordentliche Jahresversammlung hin angekündigt.

Reinhard gehört seit 2014 dem Grossen Rat an und präsidierte 2016/17 «schneller als man denkt» das bernische Kantonsparlament. Der ehemalige Grosswäscherei-Unternehmer ist seit 2017 Inhaber und Geschäftsführer des Beratungsunternehmens Reinhard Advisory AG mit Sitz in Thun. Von 2005 bis 2011 gehörte Reinhard dem Thuner Stadtrat an, seit 2018 ist er Vizepräsident der FDP-Kantonalpartei.

Die Nidauer Grossrätin und Stadtpräsidentin Sandra Hess sowie der Muriger Unternehmer Daniel Arn wurden als Vizepräsidenten gewählt.

Von links: Sandra Hess, Carlos Reinhard, Adrian Haas und Daniel Arn.

C'est l'heure de dire merci et au revoir …

Pierre-Yves Grivel

Extrait du discours d'adieu à l'Assemblée des délégués du 19 août 2020 à Bienne.

«Mes chers amis Libéraux-Radicaux,

En janvier 2012, je vous ai rassemblé à Münsingen pour des États Généraux à la française: j'ai senti votre déception et votre frustration après une année 2011 difficile, mais aussi l'envie de tirer le trait sur le passé et de participer tous ensemble à un renouveau du parti: le Feu sacré était en vous, ce fut facile pour moi de rallumer la flamme!

J'ai presque tout vécu avec vous: vous m'avez choisi en période de crise et de doute, vous m'avez accepté comme je suis, vous m'avez suivi, encouragé, vous m'avez considéré comme un des vôtres malgré mon suisse-allemand «de rue», mes origines et ma culture différentes.

Du sport élite je vous ai apporté en premier lieu ma motivation puis vous ai montré ma volonté de travailler en équipe: je fus sur le terrain un motivateur et à la bande un coach prêt à vous confier des responsabilités. Je vous ai entraîné dans des kick-off, retraites et autres manifestations comme la marche d'Affoltern et ses cinq présidences, un événement unique dans l'histoire de notre parti! Je vous ai montré comment la stratégie et la tactique peuvent mener aux alliances et aux succès. J'en conviens il est presque plus facile de faire une médaille en sport que d'entrer au Conseil National!

Les années ont passé mais l'esprit libéral-radical est toujours bien présent: notre parti occupe la 3e place sur le podium cantonal et possède une fraction forte de 20 membres. Nos deux représentants au National Christa et Christian sont indéboulonnables bien que je rêve toujours d'un troisième siège qui se fait attendre!

J'ai joué aussi le bâtisseur de ponts toujours à l'écoute, prêt à soutenir les compromis tout en gardant ma ligne. J'ai joué la carte du bilinguisme et vous ai convaincu de l'importance de la langue française, des Romands du Jura bernois et de la Bienne francophone.

J'ai puisé ma force au contact du citoyen en passant par nos conseillers fédéraux et nationaux, nos conseillers d'État, députés, délégués, juges, préfets, femmes PLR, Jeunes Libéraux-Radicaux et vous toutes et tous présidents d'arrondissements, de sections, membres et sympathisants représentant la base du parti, je vous adresse un immense MERCI!

Merci pour ce bel et poignant hommage à l'occasion de ma dernière Assemblée des délégués à Bienne, pour ces paroles, ces messages, ces éloges, ces souvenirs, ces cadeaux: vous m'avez vraiment gâté, chers amis. Je suis ému, heureux et fier d'avoir accompli ce chemin avec vous.

J'ai aimé ce job de président tous les jours, j'ai aimé cette reconnaissance et ce respect accordés à ma personne pour cette fonction, j'ai apprécié votre engagement et votre motivation à mes côtés. Un merci spécial à mon équipe du secrétariat de la Neuengasse et à mon Directoire: nous avons partagé ensemble des centaines, des milliers d'heures de travail mais nous avons aussi toujours trouvé des moments de convivialité pour sceller notre amitié: oui nous sommes une grande famille!

Salut les Libéraux-Radicaux, je n'oublierai jamais ce que l'on a réalisé ensemble! Je vous laisse un parti à la ligne politique claire et avec des structures stables: continuez, prenez vos responsabilités et avancez ensemble!

Vive le PLR bernois et ses valeurs humaines!»

Avec ma profonde reconnaissance

Pierre-Yves Grivel
Votre ancien président cantonal 2012–2020

Es ist Zeit, merci und auf wiedersehen zu sagen …

Pierre-Yves Grivel

Auszug aus der Abschiedsrede an der Delegiertenversammlung vom 19. August 2020 in Biel.

«Liebe freisinnige Freundinnen und Freunde

Im Januar 2012 versammelte ich euch in Münsingen zu einer Klausurtagung: Ich spürte eure Enttäuschung und euren Frust nach dem schwierigen Jahr 2011, aber auch den Wunsch, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen und gemeinsam an einer Erneuerung der Partei zu arbeiten: Das «Feu Sacré» war in euch, es fiel mir leicht, es wieder zu entfachen!

Ich habe fast alles mit euch erlebt: Ihr habt mich in Zeiten der Krise und des Zweifels gewählt, ihr habt mich so akzeptiert wie ich bin, ihr seid mir gefolgt, ihr habt mich ermutigt, ihr habt mich als einen von euch betrachtet, trotz meines Dialekts, meiner Herkunft und meiner anderen Kultur.

Aus dem Spitzensport kommend, brachte ich euch zunächst meine Motivation und zeigte euch dann meinen Willen, als Team zu arbeiten: Ich war eine treibende Kraft auf dem Feld und ein Coach an der Bande, bereit euch Verantwortung zu übergeben. Ich habe euch an Kick-offs, Retraiten und anderen Veranstaltungen wie dem Präsidialtreffen auf der Lueg, einem einmaligen Event in der Geschichte unserer Partei, gecoacht. Ich habe euch Strategien und Taktiken gezeigt, die zu Bündnissen und Erfolgen führen können. Ich weiss nun, dass es fast einfacher ist, im Sport eine Medaille zu gewinnen als in den Nationalrat gewählt zu werden.

Die Jahre sind vergangen, aber der freisinnig-liberale Geist ist immer noch sehr präsent: Unsere Partei ist kantonal auf dem 3. Platz und hat eine starke 20-köpfige Fraktion. Unsere beiden Vertreter im Nationalrat Christa und Christian sind nicht zu schlagen, obwohl ich immer noch von einem dritten Sitz träume, der längst überfällig ist!

Ich spielte auch den Brückenbauer, indem ich zuhörte, war kompromissbereit, ohne jedoch meine Linie zu verlieren. Ich habe die Karte der Zweisprachigkeit ausgespielt und euch von der Bedeutung der französischen Sprache, der Romands des Berner Juras und des französischsprachigen Biels überzeugt.

Ich schöpfte meine Kraft aus dem Kontakt mit den einfachen Bürgern, mit unseren Bundesräten, Nationalräten, Regierungsräten, Grossräten, Delegierten, Richtern und Regierungsstatthaltern, den FDP-Frauen, Jungfreisinnigen und euch allen, Präsidentinnen und Präsidenten der Kreise, Sektionen, Mitglieder und Sympathisanten, welche die Basis der Partei sind. Ich schicke euch ein riesiges DANKESCHÖN!

Ich danke euch für die schöne und ergreifende Würdigung an meiner letzten Delegiertenversammlung, für die Worte, Botschaften und Lobreden, die Erinnerungen und die Geschenke: ihr habt mich wirklich verwöhnt liebe Freundinnen und Freunde. Ich bin bewegt, glücklich und stolz, diese Reise mit euch unternommen zu haben.

Ich habe den Job des Präsidenten jeden Tag geliebt, ich mochte die Anerkennung und den Respekt, die meiner Person für diese Funktion entgegengebracht wurden, ich habe euer Engagement und eure Motivation an meiner Seite geschätzt. Ein besonderer Dank geht an mein Team im Sekretariat an der Neuengasse und an meine Parteileitung: wir haben hunderte, ja tausende von Arbeitsstunden miteinander verbracht, aber wir haben dabei immer gesellige Momente gefunden, um unsere Freundschaften zu pflegen, ja wir sind eine grosse Familie geworden.

Tschau Freisinnige, ich werde nie vergessen, was wir gemeinsam erreicht haben! Ich hinterlasse euch eine Partei mit einer klaren politischen Linie und mit stabilen Strukturen: Macht weiter so, übernehmt Verantwortung und kommt gemeinsam weiter!

Es lebe die Berner FDP und ihre menschlichen Werte!»

In tiefer Dankbarkeit

Pierre-Yves Grivel
Euer ehemaliger Kantonalpräsident 2012–2020

Stephan Lack veut être sur le podium

Nouveau président cantonal

Stephan Lack, félicitations pour ton élection en tant que nouveau président du PLR.Les Libéraux-Radicaux du canton de Berne. Qu'est-ce qui t'attire dans cette fonction?
La tâche de président cantonal est un grand honneur et m'offre une plate-forme pour m'engager en faveur des valeurs libérales et pour apporter ma contribution à mettre le PLR dans le canton de Berne sur la voie de la croissance.

Quels sont les objectifs que tu souhaites atteindre avec le PLR bernois? Je veux que nous gagnions non seulement des votations, mais à nouveau des élections. À moyen terme, nous devons donc nous efforcer de retrouver une place sur le podium à tous les niveaux – celui qui est dans le top 3 est également pertinent dans son domaine d'activité. Sur le plan du contenu, je souhaite que le PLR – tant du point de vue de la population que des PME – bénéficie du plus haut niveau de compétence et de confiance en matière économique. Il faut pour cela apporter quotidiennement la preuve de l'action menée par une politique cohérente et constante. Mais j'espère aussi que notre parti assumera une responsabilité de leader dans la question de la conciliation de la famille et de la carrière et apportera des réponses libérales convaincantes aux défis écologiques.

Dans ton discours d'élection lors de l'Assemblée des délégués à Bienne, tu as déclaré que le canton de Berne te préoccupait en tant que site économique. Qu'est-ce qui t'inquiète? Nous avons de nombreuses bonnes conditions dans le canton de Berne, notamment notre excellent système de formation professionnelle et nos hautes écoles spécialisées et universités. Toutefois, il ne faut pas que les conditions cadres pour les entreprises du canton de Berne soient moins favorables que dans de nombreux autres cantons. Il s'agit avant tout de la politique financière et fiscale, de la forte densité de réglements et d'un climat dans les villes souvent perçu comme hostile aux entreprises. Malgré de nombreuses bonnes conditions, il n'y a pas assez de place pour que l'esprit d'entreprise de notre nouvelle génération puisse s'épanouir. Pour changer cela, il est nécessaire de renforcer le PLR.

Comment l'homme politique Stephan Lack fonctionne? Quelles sont tes orientations politiques, qu'est-ce qui est important pour toi? Pour moi, être libéral, c'est avant tout porter une responsabilité. Je ne me contente pas de parler des idées libérales, je les vis. Que ce soit dans notre société ou en tant qu'entrepreneur dans l'économie. La liberté individuelle et la responsabilité personnelle sont les valeurs qu'il faut cultiver chaque jour. Et une nature libérale inclut également un sens de la communauté ou de la solidarité, comme nous le vivons actuellement dans la crise de Corona.

Vous êtes un «homme d'affaires» et vous avez eu une carrière professionnelle impressionnante dans des entreprises renommées et actives au niveau international. De quoi les entreprises locales ont-elles besoin pour sortir de la crise de Corona? De nombreuses entreprises doivent maintenant prendre un long souffle, c'est-à-dire que les coûts doivent être réduits au minimum absolu. La liquidité doit être maintenue en toutes circonstances, et les employés doivent être conservés dans la mesure du possible. Le développement de produits et le soutien du marché doivent rester au centre des préoccupations, car ceux qui tiennent bon aujourd'hui auront de très bonnes chances à l'avenir. La réduction horaire du travail et les prêts à court terme ciblés sont des outils utiles à cet égard.

Noël est dans un peu plus de trois mois. Que souhaite-tu pour le PLR et pour le canton de Berne? Que nous gagnions du poids politique avec des idées neuves, une politique cohérente et une communication professionnelle et que nous atteignions le podium lors de nombreuses élections.

Interview: Stefan Nobs

Stephan Lack

1962, Muri BE
Économiste et politologue, entrepreneur
ALTUS Montres S.A. à Biel/Bienne
Conseiller communal à Muri BE,
département de l'éducation
Marié, 2 enfants adultes
Loisirs: nature, montagnes, ski, jogging,
voyages, gastronomie

Contexte historique et question jurassienne

Jura bernois

La question jurassienne doit être considérée dans son contexte historique et actuel. Les interrogations demeurent et les opinions sont évidemment contradictoires.

Le Jura historique appartient à l'évêché de Bâle. À la sortie du Moyen Âge, les alliances multiples dans notre région impactent l'histoire de celle-ci. Des traités de combourgeoisie unissent divers acteurs régionaux. Par décision du Congrès de Vienne le Jura est annexé à la Suisse en 1815. Au XIX^{e} siècle, le Jura parvient à conserver sa langue, malgré la férule bernoise, mais des tensions apparaissent entre le Nord, agricole et catholique, et le Sud, protestant et qui petit à petit s'industrialise. En 1917 est constitué le «Comité pour la création d'un canton du Jura». La suite des événements conduit aux 3 plébiscites en cascade, issus du rapport de la «Commission des Vingt-quatre» présenté en 1968, aboutissant à un additif constitutionnel soumis au vote populaire et est accepté le 1er mars 1970. Le premier plébiscite du 23 juin 1974 permet la naissance du canton du Jura par approbation du corps électoral. Le 16 mars 1975, quatre districts (Moutier Courtelary, La Neuveville et Laufon) maintiennent leur appartenance au canton de Berne. Entre 1976 et 1978 l'Assemblée constituante de la future République et canton du Jura se termine par l'acceptation de la constitution jurassienne par le peuple de la future République et canton du Jura. Enfin le 24 septembre 1978 par 82,3 pour cent des voix, les citoyens suisses approuvent l'accession du Jura au rang de 23^{e} canton de la Confédération. Le 1er janvier 1979, la République et canton du Jura entre en souveraineté.

Le 12 novembre 1989, le district de Laufon décide son rattachement au canton de Bâle-Campagne.

En 1993, le rapport de la Commission indépendante Widmer préconise la reconstitution de l'unité jurassienne pour 2000.

En 1994 le Conseil fédéral, le Gouvernement bernois et le Gouvernement jurassien créent l'Assemblée interjurassienne dans le but de régler politiquement la question jurassienne. Le 24 novembre 2013, les populations du Jura et du Jura bernois votent séparément:

– pour le canton du Jura: modification constitutionnelle

– pour le Jura bernois: création d'une démarche du Conseil-exécutif afin que soit créée une Assemblée constituante chargée de dessiner les pourtours constitutionnels et administratifs d'un nouveau canton commun aux deux régions. Résultat: Non à 71,84 pour cent (sauf pour Moutier avec 55,36 pour cent de Oui).

Le 18 juin 2017, la population de la Ville de Moutier accepte à 51,2 pour cent son rattachement au canton du Jura.

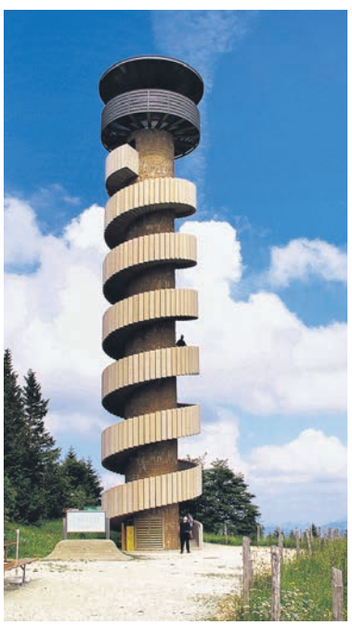
Les 5 novembre 2018 et 23 août 2019, la Préfecture de l'arrondissement administratif du Jura bernois et le Tribunal Administratif du canton de Berne annulent le vote des habitants de Moutier.

Épilogue: 7 février 2021

Date avancée par le Gouvernement bernois pour la nouvelle votation sur l'appartenance cantonale de la ville de Moutier.

La tension perpétuelle entre les camps jurassien et bernois et altère un climat délétère. La question du règlement politique de la question jurassienne demeure. Il reste à souhaiter qu'une organisation sans faille se mette en place et que la Confédération assume pleinement le rôle neutre qui lui incombe.

Comité PLR.Les Libéraux-Radicaux Jura bernois



La Tour de Moron, le Chasseral et La Neuveville représentent les anciens districts du Jura bernois (Moutier, Courtelary, La Neuveville).

Fraktionspräsidium

«Merci Adi!»

Auszug aus der Abschiedsrede von Pierre-Yves Grivel an der Delegiertenversammmlung vom 19. August 2020.

Adrian Haas führte die Fraktion während über 11 Jahren sehr kompetent und mit grossem Engagement. 2006 übernahm Adrian Haas das Präsidium der FDP-Fraktion von Hans-Jürg Käser und leitete die Fraktion bis zu den Grossratswahlen 2010. Von Mitte 2010 bis März 2013 übernahm sein Namensvetter Adrian Kneubühler die Fraktionsleitung. Am 25. März 2013 übernahm Adrian Haas das Fraktionspräsidium zum zweiten Mal und führte die Fraktion bis zu seinem Rücktritt per Ende Juni dieses Jahres.

Adrian Haas hatte die Fraktionssitzungen und Grossratssessionen jeweils minutiös vorbereitet, wenn er mit seinem Rollkoffer ins Fraktionszimmer brauste und seine Akten auf den Tisch knallte. Nicht selten hat «Adi», wie wir ihn nennen, die Fraktionsmitglieder mit seinen Vorbereitungen und seinen strategischen Überlegungen und Schachzügen arg gefordert. Kaum einer war so gut vorbereitet wie Adi!

Ich danke «Adi» Haas für seine langjährige und ausserordentlich grosse Arbeit für die FDP-Fraktion. Da er im Grossen Rat verbleibt, bleibt uns seine Leidenschaft für die Politik erhalten.

Pierre-Yves Grivel übergibt Adrian Haas ein Abschiedsgeschenk.

Grosser Rat

Stefan Costa ist höchster Berner

Zu Beginn der Sommersession hat der Grosse Rat Stefan Costa (FDP) mit hervorragenden 156 von 157 anwesenden Stimmen zum neuen Grossratspräsidenten und somit protokollarisch höchsten Berner gewählt. Herzliche Gratulation!

Der 53-jährige Historiker und Politikwissenschaftler aus Langenthal ist seit 2015 Mitglied des Grossen Rates. Costa war Mitglied der grossrätlichen Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK) und präsidierte die Interkantonale Legislativkonferenz (ILK). Von 2001 bis 2006 war er Stadtrat von Langenthal und amtete im Jahr 2006 als Stadtratspräsident. Bereits von 2006 bis 2008 gehörte Costa dem Grossen Rat an, trat dann jedoch aus beruflichen Gründen zurück. Stefan Costa ist als Geschäftsführer des Vereins Region Oberaargau tätig, der wie eine Regionalkonferenz funktioniert.

Grossrätin Marianne Teuscher gratuliert Stefan Costa im Namen der FDP-Fraktion.

Wie immer, wenn ein Freisinniger zum Grossratspräsidenten gewählt werden soll, verlas Fraktionspräsident Adrian Haas im Ratssaal ein selbst geschriebenes Gedicht:

Nach dem zauggschen Kabarett
bleibt's im Dreigespann ganz nett
Und sicher auch so effizient
mit einem neuen Präsident.

Wir schlagen euch für Rates Top
und diesmal sicher ohne Flop
den Stefan Costa wärmstens vor
und das natürlich für ein Johr.

Vor 14 Jahr in Langenthal
hat er die grosse Chanc(e) schon mal
die Präsidenten-Bank zu drücken
und den Stadtrat zu entzücken.

Auch sass er hier auf Vizes Stuhl
und wirkte dabei schampar cool
er führte ab und zu den Rat
was er doch überzeugend tat.

Hat Gschicht und Politik studiert
und Bundesrät indoktriniert
als Kadi Panzer massakriert
und Stadt-Eisbahnen präpariert.

Schuftä für die Regio-Lobby
Fasnacht, Sport und Kochen-Hobby
Vater von zwei Teenage-Münder
Mit 53 schon was ründer.

So wählt ihn nun mit grossem Mehr
Denn das wär die verdiente Ehr.

Parolen der Berner FDP für die eidg. Volksabstimmungen vom 27. September 2020

NEIN zur Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»

NEIN zur Änderung des Jagdgesetzes

NEIN zur Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (Erhöhung Maximum der effektiven Kinderdrittbetreuungskosten und Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs)

JA zum Vaterschaftsurlaub (Änderung des Erwerbsersatzgesetzes)

JA zum Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Regierungsstatthalterersatzwahl im Verwaltungskreis Biel/Bienne vom 27. September 2020

Exmission – nervenaufreibend und belastend für alle Beteiligten

Wenn eine Einwohnergemeinde ein neues Verwaltungsgebäude bauen möchten, wer erteilt ihr die Baubewilligung? Wenn mein Fussballverein eine Buvette betreiben will, von wem bekommt er die Gastgewerbebewilligung? Wenn ich von meiner Wohngemeinde eine Rechnung für die Abwassergebühren erhalte, bei wem kann ich mich beschweren?

Bei meiner Bewerbung für eine Stelle als Rechtspraktikantin beim Regierungsstatthalteramt Seeland vor zehn Jahren war mir nicht klar, dass die Antwort auf all diese Fragen «das Regierungsstatthalteramt» lautet.

Als Rechtsanwältin und diplomierte Bauverwalterin bin ich in jedem dieser Bereiche tätig, übernehme Verantwortung, vermittle zwischen den Beteiligten und führe Lösungen herbei.

Seit dem 1. Januar 2019 sind die Regierungsstatthalterämter neu für den Vollzug der gerichtlich bewilligten Räumungen (Exmissionen) zuständig. Kurz gesagt, als zuständige Person des Regierungsstatthalteramts Seeland organisiere und koordiniere ich die Räumungen von Wohnungen, Gewerbeflächen, Bauernhöfen, Garagen oder Campingstandplätzen von Personen, die nach der Kündigung das Miet- oder Pachtobjekt nicht selber verlassen oder nicht mehr erreichbar sind.

2019 wurden im Kanton Bern bei den zehn Regierungsstatthalterämter 207 Fälle erfasst. Auf unserem Amt waren es zehn Exmissionen der unterschiedlichsten Art.

Beim Regierungsstatthalteramt Seeland laufen die Räumungen nach dem immer gleichen Schema ab, obwohl jede Exmission ein Einzelfall darstellt und es viel Fingerspitzengefühl bedarf.

Vom Regionalgericht Berner Jura-Seeland erhalte ich die Mitteilung, welches Objekt zu räumen ist. Einen Einfluss auf das Verfahren beim Regionalgericht haben wir nicht. Erst wenn das entsprechende Urteil rechtskräftig ist und die Vollstreckung verlangt wurde, geht die Zuständigkeit auf das Regierungsstatthalteramt über.

In einem ersten Schritt trete ich mit der Eigentümerschaft des Räumungsobjekts in Kontakt, erkläre ihr das weitere Vorgehen und verlange einen Vorschuss. Gleichzeitig beginnt eine umfassende Abklärung über die Person, die sich unberechtigterweise noch im Mietobjekt aufhält. Auch hier wird versucht, sich mit ihr in Verbindung zu setzen. Dies gestaltet sich in den meisten Fällen eher schwierig. Aber es gibt Fälle, die nach meiner Kontaktaufnahme das Räumungsobjekt selbstständig verlassen.

Nach gut zwei bis drei Wochen seit Eröffnung des Geschäfts kommt es zur eigentlichen Räumung.

Eine wichtige Stütze bei unserer Arbeit ist die Kantonspolizei Bern. Sie schützt uns bei der Räumung vor Ort, wenn nicht klar ist, was uns erwartet, oder falls die betroffene Person polizeibekannt ist. Leider kommt es auch vor, dass die Spezialeinheit zum Einsatz kommt.

Mit dem Schlüsseldienst sind wir normalerweise innert Minuten im jeweiligen Räumungsobjekt. Falls wir noch jemanden im Mietobjekt antreffen, hat diese Person etwa 30 Minuten Zeit, die wichtigsten Sachen zusammenzupacken. Danach wird alles mit Hilfe eines Zügelunternehmens geräumt und muss von Gesetzes wegen für drei Monate eingelagert werden, falls die betroffene Person nicht ausdrücklich darauf verzichtet.

Wir erledigen alles so schnell und kostensparend wie möglich, da die Eigentümerschaft bereits einen langen, nervenaufreibenden und finanziell belastenden Weg bis zur Kündigung und darüber hinaus hinter sich hat.

Es ist nicht immer eine einfache Arbeit, aber sie muss gemacht werden.

Romi Stebler
Kandidatin für die Wahl zur Regierungsstatthalterin des Verwaltungskreises Biel/Bienne

Romi Stebler

1984, Biel/Bienne
Rechtsanwältin und diplomierte Bauverwalterin beim Regierungsstatthalteramt Seeland in Aarberg
Ehrenamtliche Unterstützung der Wohnbaugenossenschaft «Zuhause am Bielersee»
Hobbys: Kochen, Freunde treffen, Fitness, Tennis, Stand-up-Paddeln, Jassen

Regierungsstatthalter-Kandidatin Romi Stebler vor ihrem Plakat in Biel.

Jungfreisinnige Kanton Bern

Das Superwahljahr 2020

Das Jahr 2020 wird ein politisches Superwahljahr. Aus diesem Grund stellen heute die Jungfreisinnigen Stadt Bern und die Jungfreisinnigen Biel-Seeland ihre Arbeit vor.

Jungfreisinnige Stadt Bern: #invinoveritas

Die Jungfreisinnigen Stadt Bern lancierten das erste Online-Wahlpodium zu den Berner Gemeinderatswahlen 2020. Es war eines der ersten überparteilichen Online-Podien schweizweit während des Lockdowns. Damit die politische Diskussion während des Lockdowns nicht vollständig verschwand, entschieden sich die Jungfreisinnigen Stadt Bern kurzerhand, #invinoveritas über einen Facebook-Livetalk ins Leben zu rufen. Unter der Moderation von Tobias Frehner verlagerten sich die politischen Diskussionen also ein erstes Mal in die digitale Welt. So fand am 30. April die erste Gemeinderatskandidaten-Begegnung mit Simone Richner (JF), Bernhard Eicher (FDP) und Michael Aebersold (SP) online statt. Es wurde angeregt über die schlechte finanzielle Lage der Stadt Bern diskutiert, zudem hatten auch Zuschauer die Möglichkeit, sich zu äussern und Fragen zu stellen.

Der vergangene Event steht auf dem Youtube- und Facebook-Kanal des jfstadtbern zum Nachschauen zur Verfügung.

#jfversusvirus

Nicht nur die FDP Schweiz plädiert für Freiheit und Verantwortung, sondern auch die Jungfreisinnigen in der Stadt Bern. Bereits Anfang Juli haben wir im Rahmen der Aktion #jfversusvirus mit unserer eigenen Maske für Aufmerksamkeit gesorgt. Denn die Pandemie hat viele Leute dazu verleitet, sich vom süssen Gift der staatlichen Unterstützung verführen zu lassen. Aus diesem Grund war es für uns extrem wichtig, die Grundwerte des Freisinns zu betonen und wieder einmal in den Vordergrund zu rücken. Zudem wollte auch die JUSO vom Masken-Hype profitieren und forderte lautstark Gratis-Masken für alle. Die eigenen Masken wurden danach aber durch Mitglieder der JUSO verkauft und keineswegs «gratis» verteilt. Darum wollten wir zeigen, dass der Freisinn nicht auf einen Nanny-Staat angewiesen ist. Unser Motto ist: Während SP und JUSO noch Gratis-Masken fordern, handelt der Freisinn proaktiv und verteilt hochwertige und nachhaltige Stoffmasken kostenlos an die Stadtberner Bevölkerung.

Jungfreisinnige Biel-Seeland

Ein ereignisreicher Sonntag; so wird der 27. September vielen Bielerinnen und Bielern in Erinnerung bleiben. In Biel werden an diesem Sonntag die Gemeinde- und Stadtratswahlen durchgeführt. Wir sind stolz, dass sich auf den Listen der PRR Bienne und FDP Biel 11 jungfreisinnige Kandidierende für eine liberalere und freiheitliche Stadt einsetzen.

Zusätzlich stellen wir mit Michel Tschank auf der Liste «Die Liberalen – les libéraux-radicaux» einen herausragenden Vertreter unserer Reihen für die Gemeinderatswahlen auf. Diese für die FDP und PRR als selbstverständlich angesehene Geste schätzen wir sehr.

Die jüngere Generation wird jedoch nicht nur auf kommunaler Ebene antreten: Mit Romi Stebler stellt die FDP Biel-Seeland eine überaus kompetente Fachfrau mit vielen Jahren Erfahrung für die Wahl zur Regierungsstatthalterhin Biel/Bienne auf. Die auch hier als selbstverständlich angesehene Zusammenarbeit freut uns sehr.

Gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen unserer Mutterpartei fördern wir Innovation, ermöglichen neue Ideen, kümmern uns um eine verantwortungsvolle und fortschrittliche Wirtschafts- und Sozialpolitik – und sichern damit die Lebensqualität in der Stadt und dem Verwaltungskreis Biel/Bienne. Wir wissen: Nur mit stetiger Weiterentwicklung können wir das breite Potenzial unserer Stadt nutzen; packen wir's an! Gemeinsam hinterlassen wir Gutes, auch für künftige Generationen.

Zukunft schaffen für unsere Enkelkinder

FDP führt wieder eine Mitgliederbefragung durch

Mit der Enkelstrategie ergreift die FDP Partei für die zukünftigen Generationen: Wir wollen liberale, kinder- und enkeltaugliche Lösungen für einen attraktiven Wirtschaftsstandort, für gesicherte Sozialwerke sowie für eine intakte Lebensgrundlage aufzeigen. Diese drei Themenbereiche sollen in der Parteibasis über eine Mitgliederbefragung breit diskutiert werden, um das Erfolgsmodell Schweiz in die Zukunft zu tragen. Nehmen auch Sie daran teil!

Das Jahr 2020 haben wir uns alle anders vorgestellt. Noch immer hat die Covid-Krise die Schweiz und die Welt fest im Griff, noch immer sind die mittel- und langfristigen Folgen kaum absehbar: Wann wird wieder so etwas wie Normalität einkehren? Welche Folgen hat die Krise für unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze in der Schweiz? Was passiert in Krisenzeiten mit unserer individuellen Freiheit?

Bei all diesen Fragen, die uns im Moment beschäftigen, dürfen wir eines nicht vergessen: Hier geht es nicht nur um die Gegenwart, sondern vor allem auch um die Zukunft. Gerade die Linke, allen voran die SP, wittert nun die Chance, ihre Umverteilungsträume, Verstaatlichungen und ihre Gratismentalität durchzusetzen. Wenn aber Schuldenberge aufgebaut, nötige Reformen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben und die Eigenverantwortung durch Bevormundung verdrängt wird, sind das schlechte Aussichten – insbesondere für unsere Kinder und Enkel.

Verantwortung übernehmen heisst auch, den kommenden Generationen keine Schuldenberge zu hinterlassen.

FDP will die Weichen stellen

Die Weichen für eine liberale Zukunft müssen heute so gestellt werden, dass Wohlstand, gesellschaftlicher Zusammenhalt, das Streben nach Fortschritt sowie die Freiheit des Einzelnen auch in Zukunft aufrechterhalten bleiben. Dies ist die Basis für unsere Enkelstrategie: Mit diesem langfristig angelegten Projekt wollen wir aufzeigen, wie eine liberale und enkeltaugliche Politik in drei zentralen Bereichen aussieht:

- Für einen attraktiven **Wirtschaftsstandort,** der uns allen auch in Zukunft eine **Arbeitsstelle** garantiert, damit wir unser Leben selbstbestimmt führen können.
- Für **gesicherte Sozialwerke,** damit auch unsere Kinder und Enkel von den gleichen Vorsorge- und **Gesundheitsleistungen** profitieren können wie die heutigen Generationen.
- Für **intakte Lebensgrundlagen,** sowohl was die Umwelt als auch die Infrastrukturen und die Energieversorgung betrifft.

Umfrage startet in wenigen Tagen

Im Rahmen der Enkelstrategie führen wir erneut eine Mitgliederbefragung durch, nachdem wir damit im Bereich der Umwelt- und Klimapolitik im letzten Jahr sehr gute Erfahrungen gemacht haben. Gerade nachdem alle grösseren Parteianlässe abgesagt werden mussten und so der soziale und politische Austausch erschwert wurde, liegt es mir am Herzen, mittels dieser Mitgliederumfrage wieder mit Ihnen in Kontakt zu treten. Mit der Umfrage wollen wir ein breites Stimmungsbild innerhalb der FDP abholen – das ist gerade deshalb wichtig, weil wir über Fragen diskutieren, die mehrere Generationen betreffen. Nun sind die Zugangsdaten für die Umfrage auf dem Weg zu Ihnen – in wenigen Tagen erhalten Sie Post von uns, und Sie können loslegen!

«Politik ist kein Selbstzweck», steht im Hintergrund bei der Rede von Petra Gössi am Tag der FDP 2019. Mit der Enkelstrategie nimmt die FDP wichtige Fragen der Zukunft auf.

FDP als Wegbereiter der Zukunft

Dieses Projekt macht mich stolz, denn es signalisiert: Die FDP und unsere Mitglieder sind die zukunftsweisende Kraft. Gemeinsinn, Eigenverantwortung und viel harte Arbeit haben unser Land zum Erfolgsmodell gemacht. Nun ergreifen wir Partei für alle Kinder und Enkelkinder und wollen dafür sorgen, dass auch sie sich frei und mit besten Zukunftsperspektiven entfalten können. Daher würde es mich sehr freuen, wenn Sie, liebe FDP-Mitglieder, sich auch diesmal aktiv einbringen und zahlreich an der Befragung teilnehmen.

Petra Gössi, Nationalrätin SZ
und Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Die SP versucht, sich als wirtschaftsfreundlich darzustellen – tatsächlich sorgen ihre Rezepte für viele geschlossene Türen und verlorene Arbeitsplätze.

Die SP – (k)eine Wirtschaftspartei?

Was in den SP-Papieren wirklich steht – eine Analyse

Kurz nach der Sommersession im Juni spielte sich die SP als Verteidigerin der KMU auf. Die SP – eine Wirtschaftspartei? Mitnichten! Ein Blick in ihr Corona-Positionspapier «Solidarisch gegen die Krise» lässt tief blicken.

Grundsätzlich schwebt der SP vor, mit zusätzlichen Steuergeldern die Wirtschaft zu «fördern». Um die Finanzierung sicherzustellen, will die SP einen «Krisenfonds» einrichten. Dabei stellt sich die Frage, wie dieser finanziert werden soll. Diese Frage beantwortet die SP gleich selbst, zahlen sollen nämlich: «… die Unternehmen, die in dieser Krisenzeit profitieren …». Sprich, jedes KMU, welches entweder weniger stark von der Corona-Krise betroffen war oder welches trotz Krise enorme Leistungen erbracht hat, um nicht rote Zahlen schreiben zu müssen. Anstatt dass Unternehmen Reserven für Krisenzeiten bilden können und dies steuerlich belohnt wird, fordert die SP einen «ausserordentlichen Solidaritätszuschlag von 5 Prozent auf die Unternehmenssteuer». Nicht nur verhindert die SP seit Jahren Steuersenkungen, sie fordert sogar noch pauschale Steuererhöhungen. Noch offensichtlicher kann man sich fast nicht gegen die Interessen der KMU stellen.

Verstaatlichen und enteignen

Ebenso will die SP, dass die Produktion von «unverzichtbaren Gütern» verstaatlicht werden soll, damit diese in Krisenzeiten eigenständig hergestellt werden können. Mit dieser Forderung greift die SP die Schweizer Wirtschaft frontal an. Die Schweiz ist äusserst stark im internationalen Handel verflochten und kann dadurch ihren Wohlstand stetig steigern. Mit einer Verstaatlichung würde die Wettbewerbsfähigkeit abnehmen und die Schweiz als attraktiver Wirtschaftsstandort geschwächt. Weiter wirken sich protektionistische Massnahmen kontraproduktiv aus, da jeweils mit Gegenmassnahmen der Handelspartner zu rechnen ist. Abgesehen davon verfügt die Schweiz nur begrenzt über eigene Ressourcen, um Güter herzustellen. Sie bleibt selbst bei einer staatlichen Produktion auf die Importe der notwendigen Ressourcen angewiesen. Generell sind die KMU auf einen funktionierenden und weltweiten Handel angewiesen. Drei Viertel der Exportunternehmen und fast 90 Prozent der Importunternehmen sind KMU. Eine Verstaatlichung käme einer Enteignung ebendieser Betriebe gleich.

Anstatt sich der Problematik des internationalen Handels für KMU anzunehmen, weist die SP darauf hin, dass die Binnennachfrage gestärkt werden muss. Sie ignoriert dadurch einerseits Probleme der KMU und anderseits, dass der internationale Handel zirka 40 Prozent zum Bruttoinlandprodukt beiträgt. Dem Giesskannenprinzip verpflichtet, will die SP Helikoptergeld im Wert von 1,7 Mrd. Franken in Form von Gutscheinen der gesamten Schweizer Bevölkerung verteilen. Die Wirksamkeit solcher Massnahmen ist sehr umstritten und führt nicht selten zu mehr Inflation.

Andri Silberschmidt

Fazit

Abschliessend bleibt zu sagen, dass eine KMU-freundliche Politik anders aussieht. Nebst den «neuen» Corona-Rezepten hält die SP natürlich an einer staatlich verordneten 35-Stunden-Woche bei 42 Stunden Lohn oder sechs Wochen bezahlten Ferien für alle fest, wie in ihrem Wirtschaftspapier «Unsere Wirtschaft – Vorschläge für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik 2019–2029» dargelegt wird. Die Corona-Krise hat die Wirtschaftspolitik der SP nicht verändert. Im Gegenteil, sie setzt sich weiterhin für mehr Bürokratie, Steuern und restriktive Vorschriften für KMU ein.

Andri Silberschmidt, Nationalrat ZH

KMU und Selbstständige brauchen konkrete Antworten, um die Wirtschaftskrise zu überstehen.

Gezielte Antworten statt Polemik

Die FDP – im Einsatz für KMU und Arbeitsplätze

KMU und Selbstständige brauchen konkrete Antworten, um die Wirtschaftskrise zu überstehen. Wie Sie auf der vorherigen Seite lasen, versucht die Linke, die Corona-Krise zu nutzen und sich als Hüterin der KMU zu inszenieren. Nichts ist weiter weg von der Realität. Die FDP hingegen setzt sich täglich für Arbeitsplätze und KMU ein. Nationalrätin Daniela Schneeberger (BL) hat einige Beispiele herausgegriffen.

Die FDP steht seit jeher für KMU und Selbstständige ein. Insbesondere kämpfen wir für den Abbau bürokratischer Hindernisse, für die Abschaffung von Handelshemmnissen und Zöllen und für einen funktionierenden Wettbewerb im Inland – mit dem Ziel, Wohlstand und Arbeitsplätze für alle zu schaffen.

Das ist klassisch liberale Politik. Genau diese Art von Politik hat unser Land erfolgreich gemacht und überhaupt erst die umfangreichen Kredite und die Rettung unzähliger Arbeitsplätze in der Corona-Krise ermöglicht.

Ein weiteres wichtiges Element ist die umsichtige Haushaltspolitik: Denken wir etwa an die Schuldenbremse. Sie ist einer der Pfeiler des Erfolgsmodells Schweiz, um die uns das Ausland beneidet. Sie geriet in den letzten Jahren oft von links und zunehmend auch aus der Mitte unter Attacke. Dank unserem Widerstand wurde zum Glück nicht daran gerüttelt.

Vorwärtsstrategie wichtiger denn je

Es braucht weiterhin eine starke und liberale Politik. Wir haben im August 2019 eine «Vorwärtsstrategie» für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort präsentiert, lange vor Corona. Diese Strategie enthält unsere wichtigsten Forderungen in verschiedenen Bereichen wie Liberalisierung im Inland, Fachkräftemangel, internationale Vernetzung oder Innovation am Werkplatz. Wegen Corona ist die Notwendigkeit dieser Strategie grösser denn je.

Für rasche Corona-Lockerungen …

Wie hat sich die FDP seit Ausbruch der Corona-Krise ganz konkret engagiert? Schon am 18. März haben wir einen runden Tisch mit zahlreichen Unternehmern und Branchenvertretern durchgeführt. Daraus resultierte ein offener Brief an Bundesrat Guy Parmelin mit der Forderung nach rascher Hilfe für Unternehmer, Angestellte und Selbstständige.

In unserer Corona-Ausstiegsstrategie von Mitte April haben wir Druck gemacht, dass alle Unternehmen ihre Tätigkeit rasch wieder fortsetzen dürfen, sofern sie ihre Mitarbeitenden und ihre Kundschaft schützen können.

Daniela Schneeberger

… gegen Industriezölle

In der Sommersession haben wir uns unter anderem für die Abschaffung der Industriezölle starkgemacht. Das wäre ein einfacher, unbürokratischer Weg, um Konsumenten und Unternehmen um mehrere hundert Millionen jährlich zu entlasten. Doch leider hat die Linke die Abschaffung im Nationalrat verhindert. Sie ruft lieber lauthals nach Konjunkturprogrammen, statt einfachen Sofortmassnahmen zuzustimmen.

Weiter haben wir kurz nach der Sommersession die Verlängerung der Corona-Unterstützungsmassnahmen für KMU und Selbstständige durch den Bundesrat ausdrücklich unterstützt.

Dies sind nur einige Beispiele unserer täglichen Arbeit für Arbeitsplätze und KMU. Mehr finden Sie auf unserer Webseite www.fdp.ch. Auch die Vorwärtsstrategie finden Sie online.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL

Neue Mitglieder im Parteivorstand

Klare Wiederwahl von Petra Gössi

An der digitalen Versammlung vom 27. Juni 2020 haben die Delegierten den Vorstand neu bestellt. Nicht mehr angetreten waren Christian Lüscher (NR GE), Christian Vitta (RR TI) und Christian Wasserfallen (NR BE), Frédéric Borloz (NR VD), Thierry Burkart (SR AG), Marcel Dobler (NR SG), Christian Scheuermeyer, Daniela Schneeberger (NR BL) und Ruedi Waser. Die Delegierten würdigten ihr grosses Engagement über die letzten Jahre.

Die Delegierten haben Petra Gössi mit 267 von 283 abgegebenen Stimmen sehr deutlich wiedergewählt. Auch die anderen Kandidierenden wurden klar gewählt. Die FDP gratuliert ihnen herzlich zur Wahl und freut sich auf die Zusammenarbeit. Der Vorstand ist nun folgendermassen zusammengesetzt:

Petra Gössi, Nationalrätin (SZ) und Präsidentin FDP.Die Liberalen (bisher)
«Wir haben viel Arbeit vor uns. Die nächsten Jahre werden anspruchsvoll. Wir müssen an unseren Inhalten und unseren Strukturen arbeiten. Wir müssen kämpferischer werden. Ich weiss: Das liegt uns nicht per se im Blut als diejenige Partei, die die Schweiz und ihre Institutionen geschaffen hat. Aber ich bin bereit dazu.»

Andrea Caroni, Ständerat (AR) und Vizepräsident FDP.Die Liberalen (bisher)
«Liberalismus ist langfristig ein Erfolgsrezept, kurzfristig aber anstrengend. Ich bin äusserst motiviert, diesen Einsatz zu leisten und weiterhin täglich für unsere liberale Ordnung zu kämpfen. Dies mit dem tollen Team, das wir in der FDP von der Basis bis zur Parteileitung bilden.»

Philippe Nantermod, Nationalrat (VS) und Vizepräsident FDP.Die Liberalen (bisher)
«Ich bin überzeugt, dass die Schweizer Bevölkerung auf eine politische Partei setzt, die sich für Eigenverantwortung und Freiheit einsetzt. Durch meine tägliche Arbeit und in Zusammenarbeit mit allen freisinnigen Akteuren im Land möchte ich an unserem zukünftigen Erfolg teilhaben.»

Philippe Bauer, Ständerat (NE) und Beisitzer (neu)
«Ich bin (neben meiner Frau) in mein Land, seine Institutionen, das Genie seiner Unternehmer verliebt und davon überzeugt, dass nur in einer liberalen Welt jeder und jede wirklich aufblühen und unterstützt werden kann, wenn er oder sie es braucht.»

Alex Farinelli, Nationalrat (TI) und Beisitzer (neu)
«Ich glaube, es ist wichtig, die Sensibilität der italienischsprachigen Schweiz in die nationale Realität einzubringen. Im Bewusstsein, dass es nicht nur darum geht, Haltungen durchzusetzen, sondern vielmehr darum, in einem föderalistischen Geist, in dem die Besonderheiten der verschiedenen Regionen anerkannt werden, eine zukunftsorientierte Schweiz zu schaffen.»

Andri Silberschmidt, Nationalrat (ZH) und Beisitzer (neu)
«Wir dürfen Leistungsfähige und Leistungswillige nicht unnötig behindern, aber wir müssen – und hier ist der Staat gleichermassen gefragt wie Private – die Schwächeren in unserer Gesellschaft unter dem Motto ‹Hilfe zur Selbsthilfe› stützen und unterstützen. Im Vorstand werde ich insbesondere mithelfen, die Partei für die junge und urbane Gesellschaft noch attraktiver zu positionieren.»

«Ich freue mich sehr über meine klare Wiederwahl. Sie bestätigt mich auf meinem Weg und gibt mir Kraft und Mut für die Zukunft.»

Petra Gössi nach ihrer Wiederwahl

Weitere Mitglieder komplettieren das Gremium

Neben diesen Persönlichkeiten besteht der Vorstand aus folgenden Mitgliedern von Amtes wegen: NR Beat Walti (Präsident der FDP-Liberale Fraktion), NR Olivier Feller (Vizepräsident der Fraktion), SR Thomas Hefti (Vizepräsident der Fraktion), Daniel Seiler (Präsident FDP Service Public), NR Susanne Vincenz-Stauffacher (Präsidentin FDP Frauen) und Matthias Müller (Präsident Jungfreisinnige).

Und schliesslich entsendet die Parteipräsidentenkonferenz neu zwei Personen in den Vorstand. Es sind dies Saskia Schenker (Präsidentin FDP BL) und Bertrand Reich (Präsident FDP GE).

Andrea Roth, CEO Geobrugg Group, setzt auf den Produktionsstandort Schweiz.

In der Schweiz produziert, weltweit im Einsatz

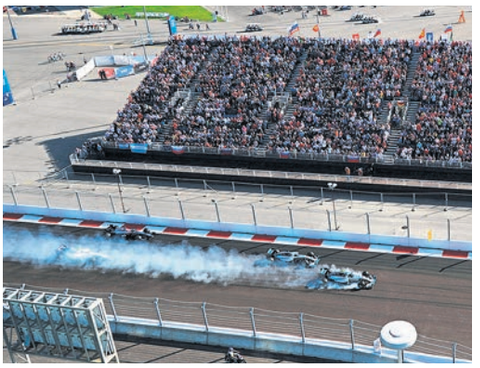
Warum KMU «Nein» zur Kündigungsinitiative sagen

Die Geobrugg AG und ihre Schwesterfirma Fatzer AG entwickeln und produzieren seit 180 Jahren Qualitätsdrahtseile, -netze, -geflechte aus hochfestem Stahldraht – als Lawinenprävention, Böschungssicherungen, Steinschlagbarrieren, Schutzzäune in der Formel 1 und für die spektakulärsten Seilbahnen der Welt. In Romanshorn TG produziert, finden die massgeschneiderten Lösungen weltweit Anwendung.

In Vietnam vertrauen Fahrgäste, die in der längsten Drei-Seil-Umlaufbahn (3S) der Welt in schwindelerregender Höhe den atemberaubenden Ausblick geniessen, auf Tragseile aus dem Schweizer Produktionsunternehmen «Fatzer AG». Auf Formel-1-Rennstrecken in Mexiko City, Sotschi oder Hanoi werden Zuschauende und Fahrende mit mobilen oder stationären Barrieren von Geobrugg geschützt. Die stärkste Steinschlagschutzbarriere der Welt kann 25 Tonnen schwere Brocken mit über 100 km/h stoppen. Die vor 180 Jahren gegründete Fatzer AG und die Geobrugg AG sind Pioniere und behaupten ihre Führungsrollen. «Wir sorgen mit unseren Systemen und Lösungen für den Schutz von Mensch und Infrastruktur», bringt es Andrea Roth, CEO der Geobrugg Group, auf den Punkt. In den neuen grossen Produktionsräumen im Romanshorner Industriequartier beschäftigen die beiden Schwesterfirmen heute 265 Mitarbeitende.

Globales Netzwerk

Die patentierten Stahldraht-Systeme sind weltweit im Einsatz. Doch produziert wird traditionsgemäss im Hochpreisland Schweiz. Tochtergesellschaften und qualifizierte Partner in über 50 Ländern sorgen für Kundennähe. «Unterschiedliche Kulturen erfordern eine gute lokale Verankerung. Gerade bei der Vergabe von öffentlichen Ausschreibungen ist dies von grösster Bedeutung», ist Andrea Roth überzeugt. Zu den Erfolgsrezepten des stark exportorientierten Unternehmens zählen nicht nur das globale Netzwerk, höchste Qualität, patentierte



Aus Schweizer Produktion: Schutzzäune für die Formel 1.

Verlässlichkeit, stete Weiterentwicklung, Planung, Beratung und Service vor Ort, sondern auch eine enge Zusammenarbeit mit international anerkannten Forschungsinstituten. Anforderungen an das Schutzsystem werden simuliert, mit digitalen Dimensionierungstools verlässlich berechnet und mit Härtetests auf eigenen Testanlagen in Eins-zu-eins-Grossfeldversuchen umfassend dokumentiert. Andrea Roth, dessen Karriere bei Geobrugg vor fast 20 Jahren als Projektleiter für eine wegweisende Tunnelsicherung in Australien begann, ist anspruchsvolle Aufgabenstellungen gewohnt. Speziell in Erinnerung bleibt ihm das Schutznetz einer Ölplattform im Persischen Golf als echte Herausforderung. «Nicht nur, weil wir im salzigen Meer die Korrosion mit eigenen Sensoren überwachen, sondern vor allem, weil unser Drahtgeflecht den vielen PS-starken Gegnern – angreifenden Motorbooten – standhalten muss.»

Marie-Theres Brühwiler

Man darf Schweizer Unternehmern vertrauen

«Wir stellen, wenn immer möglich, Fachleute aus der Umgebung ein und nehmen unsere Verantwortung auch für ältere Arbeitnehmende ernst. Der Mangel an Fachkräften ist gerade in ländlichen Gebieten und Randregionen gross, weshalb wir in unseren beiden Produktionsbetrieben in der Ostschweiz dringend auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen sind», sagt Andrea Roth, seit kurzem auch Präsident der Arbeitgebervereinigung Region Romanshorn. «Mit der Annahme der Kündigungsinitiative wären viele sichere Arbeitsplätze in der Schweiz gefährdet. Ich hoffe, dass Schweizerinnen und Schweizer bei der Abstimmung vom 27. September 2020 einmal mehr Weitblick beweisen», so das engagierte FDP-Mitglied.

Massnahmen für eine krisenresistente Schweiz

Themenpapiere: Mit Kraft aus der Corona-Krise

Das einzig Sichere an Krisen ist: Die nächste kommt bestimmt. Deswegen muss die Schweiz sowohl auf politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene noch resilienter werden. Nur so können wir uns gegen zukünftige Krisen wappnen. Dazu gilt es, die Eigenverantwortung umfassend zu fördern und die Abhängigkeit vom Staat zu reduzieren.

Voraussetzung für eine krisenresistente Schweiz ist eine umfassende Reflexion der Corona-Krise, um daraus die Lehren zu ziehen. Dies hat die FDP gemacht und sich intensiv mit den Herausforderungen und Lösungsansätzen im Bereich Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Politik, Aussenpolitik, Sicherheit, Gesellschaft, Gesundheit und dem Epidemiengesetz auseinandergesetzt. Dadurch entstanden acht Themenpapiere, die alle gleich aufgebaut sind. Sie umfassen ein Überblick der Herausforderungen, die bisherigen parlamentarischen Interventionen der FDP und unsere mittel- bis langfristigen Forderungen in den jeweiligen Bereichen.

Vielfältige Herausforderungen

- **Wirtschaft und Arbeitsmarkt:** Die Corona-Krise verdeutlicht die wirtschaftspolitischen Schwächen und damit zusammenhängende Herausforderungen der Schweiz. Durch Kurzarbeit konnten Massenentlassungen zwar zu einem grossen Teil verhindert werden. Doch die Arbeitslosigkeit ist trotzdem gestiegen. Zudem hat sich bei vielen Unternehmen gezeigt, dass die Liquidität für solche Krisen nicht genügend vorhanden ist, was wiederum negative Konsequenzen für Investitionen in Forschung und Entwicklung hat.
- **Gesellschaft:** Die Corona-Krise hat in der Schweizer Gesellschaft einerseits das grosse Potenzial der Digitalisierung aufgezeigt, andererseits deutliche Schwachpunkte aufgedeckt. Innert weniger Tage wurde beispielsweise ohne grössere Probleme auf Homeoffice umgestellt. Der Übergang in das Homeschooling verlief hingegen weniger reibungslos. Verschiedenste Mängel bei der digitalen Ausstattung und Kompetenz der Schulen sowie die Fragilität der Chancengleichheit in der Bildung wurden offenbart. Der zeitgleiche Ausfall von externen Kinderbetreuungen wiederum liess die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für berufstätige Eltern zu einer kaum bewältigbaren Herausforderung werden.
- **Politisches System:** Der Gesetzgebungsprozess in der Schweiz braucht mehr Zeit als in anderen Staaten. Zeit ist aber in einer Notlage ein rares Gut, weshalb der Bundesrat Notverordnungen erlassen kann. Das Parlament verfügt über die gleiche Kompetenz, kann diese aber nur anwenden, wenn es physisch tagt. Dies war und ist während Corona eine besondere Schwierigkeit.

• **Gesundheitssystem:** Im internationalen Vergleich hat das Schweizer Gesundheitssystem die Krise gut überstanden. Änderungen sind dennoch notwendig. Denn es hat sich beispielsweise gezeigt, dass die Versorgungssicherheit bei medizinischem Material nicht vollumfänglich gewährleistet war. Vor allem muss das Krisenmanagement kritisch analysiert werden.

• **Sicherheit:** In langandauernden Krisen sind die zivilen Behörden auf subsidiäre Unterstützung angewiesen. Armee und Zivilschutz bewiesen in der Corona-Krise, dass sie sich schnell und unbürokratisch mobilisieren und einsetzen lassen. Auch wenn es zu keiner systematischen Unterversorgung der Bevölkerung kam, muss der Mangel an Schutzmaterial kritisch analysiert und korrigiert werden.

• **Aussenpolitik:** Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die global diversifizierten Liefer- und Produktionsketten mehrheitlich gut funktionieren. Die Schweiz als eines der stärksten globalisierten Länder ist auch zukünftig auf offene Märkte und gute internationale Rahmenbedingungen angewiesen.

Zahlreiche Herausforderungen

Weil die Herausforderungen zahlreich sind, fordert die FDP verschiedene mittel- und langfristige Massnahmen, damit zukünftige Krisen besser bewältigt werden können:

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

- Die Schaffung von **liquiden Reserven** für Krisenzeiten soll **steuerlich begünstigt** werden.
- **Tiefe Lohnnebenkosten,** damit Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden.
- **Unternehmer** müssen sozial besser **abgesichert** werden, indem freiwillige Versicherungsmodelle und die Erweiterung des Obligatoriums (BVG, UVG) geprüft werden.
- Das **Arbeitsgesetz** muss **flexibilisiert** werden, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser gewährleistet wird.

Gesellschaft

- Das Bildungssystem muss die nötige **digitale Infrastruktur** inkl. digital-pädagogisch geschultes Lehrpersonal und angepasstes Lehrmaterial aufweisen.
- Die **Chancengleichheit** muss gewahrt bleiben. Dies bedingt, dass alle Lernenden über den Zugang zu einem digitalen Endgerät verfügen.
- Die **E-ID** gilt es **rasch einzuführen,** damit die Behördengänge vermehrt im digitalen Raum abgewickelt werden können. Denn dank der **Digitalisierung** können **Verwaltungsprozesse optimiert** und **Bürokratie** für Bevölkerung und Wirtschaft **abgebaut** werden.

Politisches System

- Die **Funktionsfähigkeit** des **Parlaments** muss in jeder Situation **gewährleistet** sein, notfalls müssen **Sitzungen** auch **digital** abgehalten werden können.
- **Politische Rechte** sollen jederzeit wahrgenommen werden können, deswegen muss die **digitale politische Partizipation gefördert** werden. Voraussetzung dafür ist die Einführung eines sicheren E-Voting- und E-Collecting-Systems.

Gesundheitssystem

- Die Beschaffung von **medizinischen Gütern** muss so organisiert werden, dass die Schweiz eine sechsmonatige **Isolationsphase überstehen** kann.
- Bei erhöhtem Bedarf an **Intensivbetten** muss die **Kapazität** rasch **erhöht** werden können. Dies soll durch eine intensive Zusammenarbeit der privaten und öffentlichen Institutionen erreicht werden.

Sicherheit

- Die Schweiz muss sich für **alle** wahrscheinlichen **Krisenszenarien wappnen.** Die dafür notwendigen Vorkehrungen müssen getroffen werden. Dafür gilt es die **Alimentierung** der **Armee sicherzustellen.**
- Bei zivilen Gesundheitskrisen gilt es den **Zivildienst** stärker in die Pflicht zu nehmen, weil viele Zivildienstleistende über eine Grundausbildung in der Pflege verfügen.
- Ebenso muss der **Zivilschutz** über genügend Personal verfügen.

Aussenpolitik

- **Renationalisierungstendenzen** sind **abzulehnen.** Die Schweiz muss sich für **krisenresistente** Rahmenbedingungen im **Aussenhandel** einsetzen.
- Die ressourcenarme Schweiz wird immer auf Importe angewiesen sein. Eine erhöhte Selbstversorgung ist daher abzulehnen. Hingegen müssen gezielte Massnahmen ergriffen werden, um die **Versorgungssicherheit** zu **erhöhen.**
- Internationale Krisen können nur im internationalen Kontext bewältigt werden. Die FDP unterstützt daher die **Stärkung** der humanitären Hilfe zur Krisenbewältigung im Rahmen der **internationalen Zusammenarbeit.**

Andrea Caroni: «Nur, wenn wir aus Corona unsere Lehren ziehen, werden wir für die Zukunft krisenresistenter.»

Abstimmungen am 27. September

Kinderdrittbetreuung, Vaterschaftsurlaub, Jagdgesetz

Am 27. September kommt es zum Superabstimmungssonntag. Entsprechend schwierig ist es, den Überblick zu behalten. Gerne gebe ich kurz einen Überblick:

«Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten»

Die FDP will die Vereinbarkeit von Beruf und Familie voranbringen und das inländische Arbeitspotenzial besser ausschöpfen. Für beides wird mit der Initiative einen Schritt gemacht. Heute wird der Zweitverdienst ab einem bestimmten Einkommen steuerlich so hart bestraft, dass er sich nicht mehr lohnt. Dies führt dazu, dass Paare die Betreuung von Kindern nicht aufteilen und nur ein Elternteil arbeitet. Indem Eltern künftig statt 10 100 Franken 25 000 Franken von der direkten Bundessteuer abziehen können und auch die allgemeinen Kinderabzüge von 6550 auf 10 000 Franken erhöht werden, steigt die Progressionsschwelle und schafft Anreize für Frauen, um nach der Schwangerschaft wieder einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Insbesondere für gut qualifizierte Mütter ist dies sehr attraktiv. Laut Bundesrat ist kurz- bis mittelfristig mit einer Zunahme von schätzungsweise 2500 Vollzeitstellen zu rechnen. Kurzfristig führt die Massnahme bei der direkten Bundessteuer zu Mindereinnahmen von rund 10 Mio. Franken, langfristig ist aber davon auszugehen, dass sich die Massnahme aufgrund der positiven Beschäftigungsimpulse selbstfinanziert.

«Änderung des Jagdgesetzes»

Das geltende Jagdgesetz stammt aus dem Jahr 1986. Seither hat sich einiges geändert: Zum einen ist die Artenvielfalt in den letzten Jahren stark unter Druck geraten. Das revidierte Jagdgesetz dient dazu, verschiedene Wildtiere und ihren Lebensraum besser zu schützen. Hierzu werden Wildtierschutzgebiete sowie Zugvogelreservate und Wildtierkorridore stärker als bisher gefördert, wodurch die Lebensräume von freilebenden Wildtieren verbessert und die Artenvielfalt gestärkt werden. Zum anderen sind mit der Rückkehr des Wolfes und dem Anwachsen der Population seit 1992 neue Probleme entstanden: 2019 lebten rund 80 Wölfe in unserem Land. Manche Wölfe greifen Schafe und Ziegen an. Jährlich werden 300 bis 500 Tiere gerissen. Auch verlieren manche Wölfe die Scheu vor Siedlungen. Mit dem revidierten Jagdgesetz erhalten die Kantone deshalb mehr Kompetenzen, eigene Lösungen für Bedrohungen oder Schäden von Tier und Umwelt zu finden, wenn ihr Kanton betroffen ist. Sie können eigene Gesetze erlassen, geschützte Tierbestände zu regulieren, bevor diese einen effektiven Schaden angerichtet haben (wie beispielsweise Massnahmen zum Wolf) und bevor sich der Bund irgendwann einmal bewegt. Trotz neuen kantonalen Kompetenzen müssen genaue Bedingungen erfüllt sein, bevor die Population eines geschützten Tieres reguliert werden darf.

Maja Riniker, Nationalrätin AG

«Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative»

Es ist ein Grundanliegen der FDP, dass Männer und Frauen in unserer liberalen Gesellschaft ihr Leben frei und eigenverantwortlich gestalten können. Die FDP anerkennt insbesondere auch die wichtige Rolle beider Elternteile in der Familie. Die FDP hat sich im Parlament deshalb mit Herzblut für einen 16-wöchigen Elternurlaub eingesetzt, denn dieser bietet eine flexible Lösung, statt alte Rollenmodelle zu zementieren. Die acht ersten Wochen nach der Geburt wären für die Mutter reserviert. Die weiteren acht Wochen könnten flexibel und einvernehmlich auf beide Eltern verteilt werden. Die Delegierten haben an der Delegiertenversammlung intensiv diskutiert, ob der zweiwöchige Vaterschaftsurlaub ein geeigneter Kompromiss ist. Am Ende fiel das Ergebnis äusserst knapp aus: 134 Nein- zu 133 Ja-Stimmen bei acht Enthaltungen. Der staatlich verordnete zweiwöchige Vaterschaftsurlaub ist deshalb nicht die von der FDP gewünschte Lösung. Zudem wären die damit verbundenen Kosten für die KMU in der aktuellen Corona-Krise eine zusätzliche Herausforderung. Die FDP empfiehlt deshalb den Vaterschaftsurlaub abzulehnen und wird sich weiterhin für eine Elternzeit einsetzen, welche den Paaren Flexibilität lässt.

Nein zur «UVI»

Hehres Ziel, vermessener Weg

Die Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» verlangt, dass Unternehmen mit Sitz in der Schweiz auch im Ausland Haftung für Menschenrechtsverletzungen und Missachtungen von Umweltstandards übernehmen sollen. Die Forderung, dass Unternehmen verantwortungsvoll handeln müssen, ist unterstützenswert. Die von den Initianten vorgeschlagenen Instrumente, die in der Schweizer Bundesverfassung festgesetzt werden sollen, sind aber nicht zielführend. Im Gegenteil. Die Initianten wollen in der Schweiz die weltweit faktisch strengsten Haftungsregeln einführen und legen damit unserer von Corona gebeutelten Wirtschaft unverhältnismässige Fesseln an.

Am 29. November stimmen wir über die Unternehmensverantwortungsinitiative, kurz UVI, ab, die von 50 verschiedenen Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen eingereicht wurde. Sie verfolgt ein hehres Ziel: Unternehmen mit Sitz in der Schweiz müssen die Menschenrechte und internationalen Umweltstandards auch ausserhalb der Schweiz respektieren. Verletzt ein Unternehmen Menschenrechte oder missachtet verbindliche Umweltstandards im Ausland, soll es in der Schweiz zur Rechenschaft gezogen werden können.

Sippenhaftung

Hört sich gut an. In der Praxis bedeutet das jedoch, dass Schweizer Unternehmen den Schutz von Menschenrechten und der Umwelt künftig verbindlich in ihrer gesamten Wertschöpfungskette, bis hin zum letzten Zulieferer, garantieren müssen. Mit der Annahme der Initiative werden Schweizer Unternehmen damit auch für Tätigkeiten von anderen Firmen haften, die sie zwar wirtschaftlich kontrollieren, bei denen sie aber nicht direkt am operativen Geschäft beteiligt sind. Gleiches gilt für Lieferanten, auf die sie – wenn überhaupt – nur beschränkt Einfluss haben.

Bei Volksinitiativen sind die hehren Ziele leider nicht entscheidend. Es sind die vorgeschlagenen Instrumente, die zählen. Denn diese sind es, die schliesslich in unserer Bundesverfassung verankert werden. So ist es selbstverständlich, dass Schweizer Unternehmen verantwortungsvoll handeln müssen. Um das sicherzustellen, schlägt die UVI jedoch Instrumente vor, die unnötig und kontraproduktiv sind und den Wirtschaftsstandort Schweiz unmittelbar und erheblich schaden würden.

Bedrohung für Standort Schweiz

Durch die Einführung von weltweit einzigartig strengen Haftungsregeln würde die Schweiz als Standort für internationale Unternehmen deutlich an Attraktivität verlieren. Davon betroffen wären wir alle – die Bedeutung, die Schweizer Konzerne für unser Land haben, wird häufig unterschätzt: Rund ein Drittel der Arbeitsplätze, der Steuereinnahmen und des Bruttoinlandprodukts entfallen auf international tätige Schweizer Konzerne!

Auch KMU wären betroffen

Schliesslich zielen die Initianten zwar auf die Konzerne ab. Sie werfen in ihrem Eifer aber auch die kleinen und mittelgrossen Unternehmen der Schweiz mit den Konzernen in denselben Topf. Zwar besagt der Initiativtext, dass der Bund bei der Umsetzung der Sorgfaltsprüfungspflicht Rücksicht auf unsere KMU nehmen soll. Er schliesst sie aber von der Haftungspflicht nicht aus. Ist ein KMU also von einem wichtigen Zulieferer im Ausland abhängig, sind die Bestimmungen der UVI direkt auf das Schweizer KMU anwendbar.

Ausgewogener Gegenvorschlag

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es klar, dass wir uns derart radikale Bestimmungen, wie sie die UVI fordert, nicht leisten können. Darum müssen wir uns bereits jetzt für ein Nein am 25. November 2020 einsetzen. Dies gesagt, gilt es noch zu erwähnen, dass bei einer Ablehnung der Initiative ein Gegenvorschlag von Bund und Parlament in Kraft treten wird. Dessen strikte Regeln nehmen die Schweizer Unternehmen in die Verantwortung, sind gleichzeitig international abgestimmt und entsprechend für die Wirtschaft tragbar.

Ruedi Noser, Ständerat ZH

Sicherheit ist ein Gesamtsystem

Ja zu neuen Kampfflugzeugen

Die Flugzeuge der Schweizer Luftwaffe kommen per 2030 nach über 30 bzw. nach über 50 Jahren Einsatz an ihr Lebensende. Sie müssen daher ersetzt werden, wenn wir auch ab 2030 unseren Luftraum und damit die Menschen in diesem Land schützen möchten.

Die neuen 30 bis 40 Flugzeuge werden rund 30 bis 40 Jahre, also bis etwa 2070, im Einsatz stehen. Für die Ersatzbeschaffung haben Bundesrat und Parlament einen Kreditrahmen von 6 Mrd. Franken gesprochen. Die Anschaffungskosten und die späteren Unterhalts- und Betriebskosten werden aus dem ordentlichen Armeebudget bezahlt. Kein anderer staatlicher Bereich, weder Bildung noch Gesundheit, muss Finanzkürzungen in Kauf nehmen. Die Zahlentrickserei der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) ist unredlich und unserer direkten Demokratie unwürdig. Den Gegnern geht es, wie der Name der Referendumsführer bereits besagt, ohnehin nur um die Abschaffung der Armee. Denn die Bodentruppen einer Armee sind ohne Luftwaffe ungeschützt und damit wirkungslos.

Kein Entweder-oder, sondern Sowohl-als-auch

Fakt ist, dass die Alternative zur Erneuerung der Luftwaffe wäre, dass unser Luftraum nicht mehr geschützt ist. Da unsere Bevölkerung aus der Luft mit Flugzeugen von 1978 und 1996 geschützt wird und beide Typen bald das Ende ihrer vertretbaren Einsatzzeit erreichen, zeichnet sich im Luftraum eine Sicherheitslücke ab dem Jahr 2030 ab. Es wäre nicht zu verantworten, wenn unser Land unsere Bevölkerung vor Angriffen aus der Luft nicht mehr schützen könnte. Es gibt nicht ein Entweder-oder, sondern nur ein Sowohl-als-auch. Kein Land schafft seine Luftwaffe ab und konzentriert sich nur noch auf Cyber-Abwehr und Pandemie-Bekämpfung. Genauso, wie der Schutz unseres Landes am Boden durch Polizei, Grenzwachtkorps, Zivilschutz, Armee usw. gewährleistet wird, muss unser Luftraum durch die Luftwaffe überwacht, kontrolliert und geschützt werden – und zwar in 300 bis 350 Einsätzen pro Jahr. Der Luftraum über unserem Land ist einer der meistbeflogendsten der Welt. Die Sicherheit der Menschen in unserem Land wird durch einen ganzen Verbund gewährleistet. Alle Bestandteile dieser Kette brauchen die notwendigen Fähigkeiten und Mittel, um ihre Aufgabe meistern zu können. Die Luftwaffe braucht es in normalen Lagen, aber besonders auch in Krisen. Wenn die Schweiz aber erst in einer Krise an deren Bekämpfung denkt, sind wir zu spät. Ein ordentlicher Beschaffungsprozess der Flugzeuge dauert rund zehn Jahre an. Die Feuerwehr denkt auch nicht erst an den Kauf eines Tanklöschfahrzeugs, wenn das Haus brennt.

Bewaffnete Neutralität ist Verfassungsrecht und völkerrechtliche Verpflichtung

Zudem werden wichtige Anlässe wie UNO-Konferenzen oder das World Economic Forum WEF in Davos aus der Luft geschützt. Hinzu kommt, dass unsere Luftwaffe Überflüge von Flugzeugen aus Staaten unterbindet, welche in kriegerische Konflikte involviert sind. Damit schützen und verteidigen wir unsere Neutralität und können unsere aussen- und friedenspolitische Rolle auch bezüglich Friedensverhandlungen glaubwürdig wahrnehmen, ohne dem Vorwurf zu begegnen, eine Seite mehr zu gewichten. Der Schutz in der Luft ist damit ein wichtiger Bestandteil unserer Sicherheit und unserer Neutralität. Der ordentliche Evaluations- und Beschaffungsprozess für neue Flugzeuge beansprucht rund 10 Jahre. Der Schutz des Luftraums über Europa wird bereits jetzt in Kooperation wahrgenommen. Kooperation bedingt aber, dass auch wir unseren Teil dazu beitragen. Das ist ein Verfassungsauftrag und eine völkerrechtliche Verpflichtung. Helikopter, Trainingsflugzeuge oder Drohnen erfüllen die technischen Anforderungen dazu nicht. Das bestätigen alle Experten. Wenn wir auch ab 2030 unseren Luftraum und damit die Menschen in diesem Land schützen möchten, dann sollten wir an der Volksabstimmung vom 27. September unbedingt Ja zur Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen sagen.

Thierry Burkart

Thierry Burkart, Ständerat AG,
Präsident der Kampagne Air2030

«Kündigungsinitiative ist ein Hochrisikospiel»

Karin Keller-Sutter im Interview

Am 27. September stimmen wir über die Kündigungsinitiative der SVP ab. Die Initiative führt zu einer politischen und wirtschaftlichen Abschottung der Schweiz. Bundesrätin Karin Keller-Sutter erläutert im Interview die Argumente gegen die Kündigungsinitiative.

Frau Keller-Sutter, was für Folgen hätte eine Annahme der Kündigungsinitiative? Die Begrenzungsinitiative ist ein Hochrisikospiel. Sie verlangt, dass der Bundesrat die Personenfreizügigkeit in Verhandlungen innerhalb eines Jahres ausser Kraft setzt. Gelingt das nicht, muss der Bundesrat das Abkommen innert 30 Tagen kündigen. Bei einer Kündigung der Personenfreizügigkeit fallen die anderen sechs Abkommen der Bilateralen I automatisch dahin. Damit hätten wir einen vertragslosen Zustand mit unserem wichtigsten Handelspartner. Die Folgen wären weniger Wohlstand und der Verlust von Arbeitsplätzen. Wir Freisinnigen haben den bilateralen Weg stets befürwortet. Sorgen wir am 27. September dafür, dass dieser weitergeführt werden kann.

Reicht ein einfaches Handelsabkommen mit der EU für den Handel nicht aus? Das Freihandelsabkommen von 1972 ist zwar wertvoll, es sieht aber im Unterschied zu den bilateralen Verträgen keinen Marktzugang vor. Geregelt werden darin vor allem Zollfragen. Für uns als kleines, aber exportstarkes Land bleibt der möglichst hindernisfreie Handel mit der EU zentral. So fallen beispielsweise zwei Drittel der exportierten Industriegüter unter das Abkommen über technische Handelshemmnisse. Ein Wegfall dieses Abkommens würde nicht nur den Marktzugang behindern, sondern auch zu mehr Kosten und Bürokratie führen.

Weshalb brauchen wir mehr Zuwanderung, wenn die Arbeitslosigkeit ohnehin steigt? Der Bundesrat möchte nur so viel Zuwanderung wie nötig. Deshalb hat er gemeinsam mit den Sozialpartnern Massnahmen zur Förderung der inländischen Arbeitskräfte ergriffen. Es trifft zu, dass die Arbeitslosigkeit wegen der Corona-Krise angestiegen ist. Wir alle arbeiten daran, dass es sich hierbei um einen kurzfristigen wirtschaftlichen Schock handelt. Wenn wir die Personenfreizügigkeit kündigen und damit die Bilateralen I aufs Spiel setzen, verlängern wir die Krise und schaffen mehr Arbeitslosigkeit. Man kann nicht eine Krise mit einer neuen Krise bekämpfen.

Sie absolvierten während Ihrer Ausbildung einen Studienaufenthalt in London und studierten in einem Austauschsemester an der Universität in Montreal. Welche Auswirkungen hätte die Annahme dieser Initiative auf unseren Forschungs- und Bildungsstandort? Die Studienaufenthalte in Grossbritannien und Kanada waren für mich sehr wertvoll und haben mich geprägt. Ich bin dankbar, dass mir meine Eltern dies ermöglicht haben. Eine Annahme der Initiative würde die Mobilität der Studierenden und der Forschenden einschränken. Für viele Talente aus dem Ausland wäre der Zugang zu einer Schweizer Hochschule versperrt. Umgekehrt hätten Schweizer Forschende und Studierende Probleme, sich im europäischen Ausland weiter zu entwickeln, wodurch ihre Karriere behindert werden könnte. Die Dachorganisation der Schweizer Hochschulen Swissuniversities spricht sich deshalb gegen die Kündigungsinitiative aus.

Wenn Sie einen Blick in die Kristallkugel wagen könnten: Wie sehen Sie das Verhältnis der Schweiz zu Europa in fünf Jahren? Ich bleibe lieber in der Realität. Am 27. September geht es faktisch darum, ob die Schweiz den bilateralen Weg weiterführen will oder nicht. Der Bundesrat hat in den letzten Monaten alles daran gesetzt, die Schweiz durch die Krise und aus der Krise zu führen. Dazu gehört auch ein Nein zur Begrenzungsinitiative und ein Ja zur Fortführung des bilateralen Wegs.

Interview: Sven Marti

«Man kann nicht eine Krise mit einer neuen Krise bekämpfen.»

Unterschreiben Sie jetzt die Renteninitiative!

Für eine nachhaltige Sanierung der Altersvorsorge

Die AHV ist in 15 Jahren bankrott, und in der 2. Säule werden jährlich 7 Mrd. Franken umverteilt. Mit solch düsteren Prognosen erodiert auch das Vertrauen in unser System: Im Sorgenbarometer steht die Altersvorsorge ganz zuoberst. Nun muss die Politik Lösungen aufzeigen. In einer Metastudie untersuchten Wissenschafter der Uni Luzern die häufigsten Argumente gegen ein höheres Rentenalter. Und sie stellen fest: Die Schweiz ist bereit für ein höheres Rentenalter.

Der Reformstau in der Altersvorsorge ist riesig. Für die nächste AHV-Reform (AHV 21) stehen jedoch einmal mehr nur kurzfristige finanzielle Massnahmen im Vordergrund. Dabei sind die Vorbehalte gegen ein höheres Rentenalter in der Schweiz unbegründet. Denn die in einem neuen Gutachten diskutierten Zahlen und wissenschaftlichen Studien legen nahe, dass sowohl die Gesundheit der Menschen wie auch der Arbeitsmarkt auf eine Erhöhung des Rentenalters bestens vorbereitet wären.

Ü50 gut im Arbeitsmarkt integriert

Insbesondere das Argument, dass Ü50 keine Jobs finden, kann nicht gezählt werden. Die älteren Arbeitnehmer sind äusserst gut in den Schweizer Arbeitsmarkt integriert. Die Arbeitsmarktbeteiligung der älteren Bevölkerung steigt seit Jahren an und ist im internationalen Vergleich sehr hoch. Ein generelles Arbeitslosigkeitsproblem für ältere Arbeitnehmer besteht nicht – im Vergleich zu anderen Altersgruppen ist die Arbeitslosigkeit nach wie vor unterdurchschnittlich. In den nächsten Jahren wird die demografische Entwicklung zu einer spürbaren Verknappung des Arbeitsangebotes führen, was der Nachfrage nach älteren Arbeitskräften zusätzlichen Schub verleihen dürfte.

«70 ist das neue 60»

Dank steigendem Wohlstand und medizinischem Fortschritt ist die Lebenserwartung in der Schweiz im Laufe des 20. Jahrhunderts stark angestiegen. Die Menschen werden aber erfreulicherweise nicht nur immer älter, sondern bleiben auch länger gesund. Wie die Forschung zeigt, hat sich der Alterungsprozess um ein Jahrzehnt nach hinten verschoben («70 ist das neue 60»).

Gesundheit im Alter wird besser

Hatten 65-Jährige im Jahr 1992 durchschnittlich noch 11 bis 12 Jahre in guter Gesundheit vor sich, sind in der Zwischenzeit weitere 3 Jahre dazugekommen. Sowohl in der Altersklasse 55 bis 64 wie auch in der Altersklasse 65 bis 74 beschreiben gut drei Viertel der Personen beider Geschlechter ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut. Das Alter 65 stellt keine Schwelle dar, an der gesundheitliche Probleme bemerkbar zunehmen würden. Gesundheit ist entsprechend nicht die Hauptursache für den Zeitpunkt der Pensionierung.

Patrick Eugster

Ältere Arbeitnehmer bleiben produktiv

Während die physische und kognitive Leistungsfähigkeit ihren Höhepunkt schon in relativ jungen Jahren erreicht, steigen Faktoren wie Erfahrungswissen, Führungskompetenz und Beurteilungsvermögen über die Lebenszeit an. Erkenntnisse der neueren Literatur deuten darauf hin, dass die Arbeitsproduktivität im Alter (d.h. in den Jahren vor dem ordentlichen Rentenalter) konstant bleibt. Das Vorurteil, ältere Erwerbstätige seien im Vergleich zu jüngeren Arbeitskollegen weniger produktiv, kann somit nicht bestätigt werden.

Fazit

Für eine nachhaltige Sanierung der Altersvorsorge haben wir zwei Möglichkeiten: Entweder wir erhöhen die Mehrwertsteuern um rund 50 Prozent – ein Durchschnittshaushalt zahlt so jährlich fast 3000 Franken mehr! Oder aber wir arbeiten etwas länger. Länger arbeiten ist möglich – dies zeigt das Gutachten eindeutig auf. Der Weg ist also frei für nachhaltige AHV-Finanzen. Jetzt müssen wir ihn nur noch zusammen beschreiten.

Patrick Eugster
Präsident des Komitees Renteninitiative

Wir brauchen Sozialwerke, die gesichert sind, so dass auch unsere Enkelkinder den gleichen sozialen Schutzschild haben wie die heutigen Rentnerinnen und Rentner. Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen ist ein Schritt in diese Richtung. Unterschreiben auch Sie den beigelegten Unterschriften-Bogen!

Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen

Herzlich willkommen!

Aus dem Generalsekretariat

Fanny Noghero ist neue Generalsekretärin

Am 14. Juli hat die Parteipräsidentenkonferenz Fanny Noghero einstimmig zur neuen Generalsekretärin gewählt. Sie ist eine ehemalige Journalistin und kennt als ehemalige Geschäftsführerin der FDP Neuenburg die Partei und ihre Basis hervorragend. Als erste Vertreterin der Romandie in dieser Position verbindet die Neuenburgerin, die auch fliessend Italienisch spricht, die Sprachregionen optimal. Zurzeit leitet sie die Gesamtkommunikation der FDP Schweiz. Wir gratulieren Fanny Noghero sehr herzlich zu ihrer Wahl und freuen uns auf die Zusammenarbeit. Sie übernimmt die Position von Samuel Lanz per 1. Oktober 2020.

Fanny Noghero

Samuel Lanz

Samuel Lanz verlässt das Generalsekretariat der FDP

Mit grossem Bedauern müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass Samuel Lanz sich entschieden hat, das Generalsekretariat per Ende September zu verlassen und sich einer neuen Herausforderung anzunehmen. Er wird neu Leiter der Kommunikation und Mitglied der Geschäftsleitung bei Interpharma, dem Verband der forschenden Pharmaunternehmen der Schweiz. «Sämi» führte seit 2014 das Generalsekretariat und reorganisierte es in eine schlagfertige, professionelle Kampagnenorganisation. Weiter trug er wesentlich zum erfolgreichen Abschneiden der FDP bei mehreren Bundesratswahlen und zahlreichen Volksabstimmungen bei. Die FDP dankt «Sämi» für seinen langjährigen und unermüdlichen Einsatz und die vielen tollen Erlebnisse.

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen

NEIN	Begrenzungsinitiative (Kündigungsinitiative)
NEIN	Änderung des Erwerbsersatzgesetzes (Vaterschaftsurlaub)
JA	Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
JA	Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (Erhöhung Kinderabzüge)
JA	Änderung des Jagdgesetzes

Öffentliches Fachreferat

Einladung

Peter Regli
Divisionär a.D., Dipl. Masch.-Ing. ETH,
ehem. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes,
Delegierter der FDP Schweiz,
spricht zum Thema:

Unsere nationale Sicherheit nach der Corona-Pandemie

Donnerstag 8. Oktober 2020 in Bern
Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22
(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27 oder:
per Öv mit Tram Nr. 9 ab Bahnhof Bern bis Breitenrain, dann 300 m zu Fuss, via Herzogstrasse -> Papiermühlestrasse bis zur Kaserne.)

Donnerstag 22. Oktober 2020 in Zürich
Mehrzweckhalle Stiftung zum Glockenhaus
(neben Hotel Glockenhof), Sihlstrasse 33, 8001 Zürich

Beginn jeweils: 18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Referat

FDP

Die Liberalen

Nein zur Kündigungsinitiative

www.fdp.ch